

Werten entzogen. Und zu alledem kommt noch, daß bei den heutigen Produktionsbedingungen in Deutschland viele Unternehmungen, privats und staatliche, gar keinen Ueber- schuß abwerfen, oft sogar mit Verlust arbeiten. Wo soll da der Ueberfluß von 10 Milliarden herkommen, den Deutsch- land jährlich zu liefern hätte? Selbst vor dem Kriege, als es noch über seinen vollen Reichtum verfügte, wäre eine solche Abgabe Deutschlands gleichbedeutend mit ökonomischer Stagnation, jeglichem Verzicht auf ökonomische Weiterent- wicklung für die Dauer der Abgabe gemeint. Heute könnte diese Summe aus dem Betrag der jährlichen Produktion noch Abzug der Produktionskosten auch nicht annähernd auf- gebracht werden. Deutschland hat es vielmehr dringend notwendig, statt daß es Produkte im Wert von 20 Mil- liarden in Gold jährlich ans Ausland abgibt, in den nächsten zwei Jahren alljährlich Produkte in der Höhe dieses Wertes vom Ausland (in der Form von Anleihen) zu empfangen, wenn es fähig werden soll, mit Erfolg zu produzieren und überhaupt zu leben.

Man kann einen verhungerten Bettler zwingen, wenn man ihm die Pistole auf die Brust legt, eine Anweisung auf mehrere Milliarden zu unterschreiben. Man mag diese Transaktion auch moralisch damit begründen, daß der Bettler ebendam ein Mörder gewesen. Man kann zu ihr ge- trieben werden dadurch, daß man selbst in Gefahr ist. Aber trotz alledem wird, solange der Bettler nichts be- zahlt, seine Geldanweisung wertlos bleiben.

Die deutsche Republik mag gewonnen sein, den Schuld- hein für 20 Milliarden anzustellen, aber wenn's zum Pöbeln kommt, wird sie sich jener vorfichtigen Klausel im Friedensvertrag erinnern, in der es heißt:

„Die Kommission soll Deutschland gelassen, Beweise bezüg- lich seiner Zahlungsfähigkeit vorzulegen und es soll ihm eine gerechte Abmildung seiner Verbindlichkeiten gewährleistet werden.“

Wir können heute schon vorhersagen, daß die Kommission keine große Freude an der deutschen Zahlungsfähigkeit in den nächsten zwei Jahren erleben wird.

II.

Sind die finanziellen Bedingungen ökonomisch un- berechenlich und unmöglich zu realisieren, so stehen die terri- torialen Regelungen vielfach in Widerspruch zu den wil- sonischen Grundzügen, die allein einen wirklichen Frieden heute ermöglichen, im Zeitalter entwickelter Demokratie, in dem sich kein Volk widerstandslos und ungestraft auf die Dauer vergeblich läßt.

Wir haben hier auf diesen Punkt das größte Gewicht zu legen, nur würden unsere Worte bei den Gegnern eher ge- hört werden, wenn sie von Deutschen vorgebracht würden, die sich schon während des Krieges, fast leiser und nicht erst nach der Niederlage, auf den Standpunkt der Selbst- bestimmung der Völker gestellt hatten.

Und wir müssen uns dessen vollkommen bewußt bleiben, was diese Selbstbestimmung bedeutet. Es ist die Selbst- bestimmung der Menschen, die ein Gebiet bewohnen, nicht bloß seiner Besitzenden. Der Wille der Mehr- heit entscheidet, nicht der Besitz.

Das ist der kapitalistischen Denkweise nicht recht sah- bar, auch dort nicht, wo sie in demokratischen Gewandem mi- telt. So begründet A. V. Herr Dombrowsky im „Berliner Tageblatt“ (abends, 8. Mai) die deutschen Ansprüche auf Oberschlesien folgendermaßen:

„In Oberschlesien ist das Land- und Industriearbeiter- proletariat in der überwiegenden Mehrheit polnisch. Zugewand. Aber der ganze ländliche und industrielle Besitz ist in deutschen Händen. Und würde nun dieses Land an- genommen, so wäre unserer gesamten Industrie der Boden weg- gerissen. Wir wären dann häufig auch, um nur die beiden für uns wichtigsten Rohstoffe zu nennen, auf eine Kohlen- und Eisenerz- gube aus dem Ausland angewiesen.“

Und für Polen laut Dombrowsky weiter:

„Im östlichen Bezirk Polen machen die Deutschen nur ein Drittel der Bevölkerung aus. Trotzdem ist auch hier der größere Teil des ländlichen Grundbesitzes in den Händen der Deutschen, und auch in Handel, Gewerbe und Industrie spielen sie die ausschlaggebende Rolle.“

Nurhervor aber sei Polen unentbehrlich für Deutsch- land, weil es ihm Getreide, Kartoffeln und Zucker liefert.

Sollten unsere Unterhändler in Versailles solche Ge- dankengänge entwickeln und glauben, damit Eindruck auf Wilson zu machen, würden sie sich gründlich täuschen. Mit den Grundzügen der Selbstbestimmung hat diese Art der Argumentation nichts zu tun.

Daß der Hinweis auf den Besitz in diesem Zusammen- hang nichts befragt, bedarf keiner Erläuterung. Aber auch die Argumentierung, Oberschlesien und Polen müßten deutsch bleiben, weil Deutschland ihrer Produkte bedürfe, kann für uns nicht maßgebend sein, obwohl sie oft selbst von Sozialisten vorgebracht wird, da sie als Anwälte der Arbeiter auch die Industrie und die Lebensmittelfuhr in Gang halten müßten. Kein Zweifel, die deut- schen Arbeiter und die deutsche Industrie brauchen Kohlen und Kartoffeln. Aber ob diese aus Eng- land kommen, oder aus Polen, oder aus Deutsch- land selbst, macht im Frieden bei anerkanntem, internationalem Handel keinen entscheidenden Unterschied. Im Frieden werden die Polen trotz sein, wenn sie uns Kar- toffeln und Kohlen verkaufen können. Im Kriege aller- dings ist es anders. Da wird ein Land, das nicht genügend Kohle und Eisen und Getreide und Kartoffeln selbst produ- ziert, sich schwer behaupten können. Aber wir wollen in den Frieden herbeiführen und nicht einen Krieg vor- bereiten.

Daß die Machthaber in einem Staate um so mächtiger sind, je reicher der Staat von Natur aus, je mannichtiger seine Naturkräfte, also je umfangreicher seine Grenzen, ist nicht zu leugnen. Jedoch ein internationaler Grundzug läßt sich auf diese Erkenntnis nicht aufbauen. Sie bildet nur einen Grund zu nationalen Konflikten und Kriegen. Denn jeder Staat kann sich nur erweitern und Quellen von Rohmaterial erwerben auf Kosten anderer Staaten.

Dieser Gegensatz kann nur dann überwunden werden wenn die natürlichen Monopole aufhören, Besitz eines ein- zelnen Staates zu sein und international vermarktet wer- den. Bis dahin kann man nur internationalen freien Verkehr fordern, nicht aber verlangen, daß die Selbstbestimmung der Völker international vorgeordnet werde dem Trug nach dem Besitz natürlicher Reichtümer. Die Friedensunterhändler in Versailles werden daher auf tun, darauf zu sehen, daß sie den Gedanken der Selbstbestim- mung ohne jede Verquickung mit Besitzfragen geltend machen.

Von diesem Standpunkt aus müßten die Friedens- bedingungen der Entente vor allem dadurch, daß sie an der Ostgrenze fast allenthalten die Volksbefragung aus- schließen. Das ist um so schlimmer, als gerade an jener Grenze die Sprachgebiete so bunt durcheinandergewürfelt sind, daß es ohne Volksbefragung schwer sein wird, das zusammenhängende Sprachgebiet hüben und drüben an- einanderzuhalten. Dabei sind aber auch auf beiden Seiten die nationalen Reichtümer so erbt, daß jede von außen auferlegte Grenze entweder von der einen oder von der anderen Nation als schweres Unrecht empfunden werden wird. Eine Volksbefragung kann am ehesten dahin führen, eine Abrennung zu schaffen, die von beiden Seiten an- erkannt wird als eine, wenn auch vielleicht bittere Not- wendigkeit.

Die Volksbefragung und natürlich auch die Beachtung ihres Ergebnisses ist unerlässlich, um ein gezieltes Ver- hältnis zwischen Polen und Deutschen zu ermöglichen und jeder Irredenta an unserer Ostgrenze entgegenzuwirken.

III.

Bei der Grenzfestlegung im Osten ist das deutsche Volk sichlich zuunutzen des polnischen Staates verunglückt worden, und um dies herbeizuführen, von jeder Volksbefragung Abstand ge- nommen worden. Dieses Entgegenkommen neuen Polen läßt sich nur erklären aus der Angst vor Deutschland.

Die Politik der Entente und namentlich die Frank- reichs, die in dieser Beziehung als die führende an- gesehen werden muß, ist da in einen gefährlichen Kreis- lauf geraten. Aus Furcht vor dem deutschen Volke ver- gendurigt man dieses an seiner West- und Ostgrenze in einer Weise, die seine Feindschaft hervorruft und. Und um vor dieser Feindschaft geschützt zu werden, muß man auf einen Nachbar Deutschlands bauen können, das heißt, man muß allen seinen Wünschen nachgeben, um seiner sicher zu sein. Man gerät daher in Abhängigkeit von ihm.

Es war ein schlimmes Verhängnis für Frankreich nach 1871, daß seine Angst vor der deutschen Uebermacht es in die Arme des Jaren trieb und die Republik dem strom- mende des Absolutismus unterwarf. Jetzt wird Frankreich abhängig von Polen, von dem man noch nicht weiß, ob es Republik sein wird oder Monarchie, das aber jedenfalls augrundlich der reaktionäre Staat des Schens ist, neben Rumänien, gleich diesem ein Junkerparadies.

Der Unterschied zwischen heute und der Zeit nach 1871 ist jedoch der, daß es früher die deutsche Politik der Welt war, die das republikanische Frankreich trieb, der reaktio- nären Macht des Ostens keine Machtmittel zur Verfügung zu stellen, während es heute Frankreichs eigene Wohl ist, die es dieser widerprüchlichen Abhängigkeit ausliefert.

Das ist nicht bloß widerprüchlich, sondern auch direkt gefährlich. Die proletarischen und bürgerlichen Demo- kratien an Polens Grenze hegen keine Eroberungsabsichten, haben aber auch nicht die mindeste Lust, sich vergeblichen zu lassen. Die Schlächler aber, die Polen regieren, sind voll maßlosen Eroberungsdranges, sowohl Ukrainern, wie Weiß- russen und Litauern gegenüber. Und sie betätigen ihn auch nach Möglichkeit gegenüber Deutschland. So droht die Gefahr, daß durch ihrer Bevorgung durch die Entente der Staat der Polen aus einem nationalen Staat ein Na- tionalitätenstaat wird, der alle Schwächen und alle Fehler des Staates der Hohburger reproduziert, so wie dieser eine Quelle steter Unruhe in seinen inneren und äußeren Be- ziehungen wird, um schließlich der Empörung der verge- waltigten Nationen und des elenden Proletariats zu er- liegen.

Das ist die „sichere“ Stütze im Osten, die sich jetzt Frank- reich nach dem Zusammenbruche des Parisismus sucht und um deren willen es eine Politik treibt, die jedes freud- schaftliche Verhältnis mit dem großen, deutschen Nachbar unmöglich macht.

Wahrhaftig, die Konsequenzen dieses Friedens können einmal für Frankreich noch gefährlicher werden als für Deutschland.

Sie bedrohen das französische Volk mit drückenden Kosten. Um diesen Frieden aufrecht zu halten, darf es nicht abrücken, muß es noch dem erschöpfendsten aller Kriege eine schwere Rüstungslast auf sich nehmen. Wenn es glaubt, Deutschland werde die Kosten dieser Rüstungen neben der Wiedergutmachung des schon vorhandenen Schadens auch noch durch Jahre hindurch tragen können, dürfte es sich ebenso betrogen sehen, wie die Mitdeutschen betrogen gewesen waren, die 1917 die Fortsetzung des Krieges for- derten, weil Deutschland bankrott sei, wenn es nicht Frank- reich zu zwingen vermöge, die deutschen Kriegsschulden zu bezahlen. Die Narren haben nicht, daß die Verlängerung des Krieges das sichere Mittel war, beide Seiten zum Ver- bluten zu bringen und jeden von ihnen unfähig zu machen, im Falle seiner Niederlage dem andern Teil seine Schulden- last abzunehmen. Wenn wir gestillt hätten, wäre Frank- reich ebensowenig imstande, uns finanziell zu retten, wie wir nicht imstande sind, Frankreichs Finanzen zu sanieren.

Zu den Rüstungskosten Frankreichs wird sich aber auch eine Fortführung seines inneren Unruhs geben. Innere und äußere Politik stehen in enger Wechselwirkung, und man kann nicht nach außen eine Politik der Gewalt selbst im Frieden verfolgen, ohne daß die Elemente auch in der inneren Politik das Uobergewicht bekommen, die sich mit Gewalt durchzusetzen streben.

Das Resultat wird wachsende Empörung aller demo- kratischen unteren Schichten Frankreichs, nicht nur seiner Proletariat, sondern auch vieler seiner Kleinbürger und Bauern gegen das Regime sein, das diesen Frieden durch- zuführen sucht.

Auch in England haben wir wachsende Opposition gegen die bestehende Regierung und ihren Frieden zu er- warten, der die englische Demokratie an das französische Gewaltregime und seine junkerlichen Verbündeten im Osten fetzt.

In Frankreich und England mit in Polen haben wir, und zwar in nicht allzuferner Zeit, den Zusammen- bruch des Systems, das den jetzigen Frieden schafft, und somit auch dessen Revision im Sinne völliger Selbstbestimmung zu erwarten.

Wir wünschen nicht, daß der Umsturz in dieser Weise erfolgt. Wenn der jetzige Friede ein Friede wahr- hafter Selbstbestimmung würde, dann könnten die auf- wachsenden proletarischen Kräfte, die auf jeden Fall im Westen zum Durchbruch kommen werden, allenthalben ihr ganzes Augenmerk der großen Aufgabe des Sozialis- tierungsprozesses zuwenden. Der jetzt vorgeschlagene Friede könnte durch die Konflikte, die er schafft, wohl den Zusammenbruch der kapitalistischen Regierungen beschleunigen, aber es müßte bewirken, daß in der Apokalypse und in den sie vorbereitenden Kämpfen wieder einmal das sozial- listische Moment mit nationalitätlichen Problemen verknüpft wird, was den sozialistischen Fortschritt zu verlangsamen droht. Die Lebenszeit des Kapitalismus würde damit nicht verlängert, aber ebenso wie heute in Deutschland würde seine Erhebung durch eine kraftvolle und ertrauereiche sozialistische Produktion erdwert.

Den sie vorbereitenden Kämpfen wieder einmal das sozial- listische Moment mit nationalitätlichen Problemen verknüpft wird, was den sozialistischen Fortschritt zu verlangsamen droht. Die Lebenszeit des Kapitalismus würde damit nicht verlängert, aber ebenso wie heute in Deutschland würde seine Erhebung durch eine kraftvolle und ertrauereiche sozialistische Produktion erdwert.

Doch wie immer dem sein möge, sicher ist, daß dem jetzigen Frieden, wenn unsere Gegner nicht im letzten Mo- ment noch Vermittlung annehmen, keine Dauer beschieden ist.

Nicht durch einen neuen Weltkrieg ist es aufzuheben, dies Dilemma wäre weit schlimmer, als das Uebel selbst, sondern durch den Umsturz der jetzigen Regie- rungsysteme, die ihn erzeugten. Dieser Umsturz steht in Aussicht, lange ebe die geistigen und materiellen Vorbereitungen für einen neuen Weltkrieg wieder gegeben sind. Die Gewalttätigkeit und Konflikte, die der jetzige Friede in seinem Schoße birgt, werden ein gewaltiges Mittel werden, den Umsturz zu beschleunigen.

Jetzt wissen wir's.

Herr Stämpfer ist aus Versailles zurückgekommen und hat die Lösung der Friedensfrage mitgebracht. Es ist nicht der Uebergang zum Bolschewismus, den er vor ein paar Wochen empfohlen hatte, sondern etwas anderes. Wir dürfen es nicht machen wie Russland, das zuerst nicht unter- zeichnet hat, dann aber vor der ersten drohenden Geste der damaligen deutschen Gewalttäter zusammengestürzt ist, was allerdings eine hübsche Geschichtsdarstellung ist, da diese „Geste“ in dem Vornarrich bis in die Nähe von Belgrad und in der völligen Ausgrabung aller besetzten Teile be- standen hat, neben der Ermordung und Gefangennahme von hunderttausend Menschen. Nein, Herr Stämpfer ist radikal. Wenn wir nicht unterzeichnen, so „muß es dabei bleiben, komme was da will“. Doch man muß das wörtlich lesen.

Nur indem wir die Brutalität des Gegners an- erkennen und den Rest durch Hunger zur Uebergabe zu nötigen. Wir müssen ihn zwingen, ganze Arbeit zu tun; er soll sich ver- nichten lassen, ganz Deutschland zu besetzen und es zur Kolonie seines sogenannten Völkerverbundes zu machen, und wir wollen dann zusehen, wie lange seine äußere und innere Ge- schlossenheit hält. Und wenn es Jahre dauert, wir dürfen nicht weichen; wir haben das Leben mächtige Weisheit des kleinen Belgien unmittelbar vor uns, das in ähnlichen Verhältnissen vier Jahre lang ausgehalten hat. Was Belgien Monate, müssen wir auch können.

Der Gegner wird versuchen, einzelne Teile Deutschlands an- zusetzen und den Rest durch Hunger zur Uebergabe zu nötigen. Wir müssen ihn zwingen, ganze Arbeit zu tun; er soll sich ver- nichten lassen, ganz Deutschland zu besetzen und es zur Kolonie seines sogenannten Völkerverbundes zu machen, und wir wollen dann zusehen, wie lange seine äußere und innere Ge- schlossenheit hält. Und wenn es Jahre dauert, wir dürfen nicht weichen; wir haben das Leben mächtige Weisheit des kleinen Belgien unmittelbar vor uns, das in ähnlichen Verhältnissen vier Jahre lang ausgehalten hat. Was Belgien Monate, müssen wir auch können.

Wir denken, diese Empfehlung der Verwässerung der Unterwürigkeit ist das Stärkste, was für vernünftige Men- schen zur Empfehlung des Unterschreibens in Deutsch- land ein okkupiertes Belgien machen zu lassen, in der Er- wartung, daß irgendeinmal die Rettung kommt? Belgien ist erlitten worden wahrlich nicht durch die Empörung des deutschen Volkes über Brutalität, die dort verübt wor- den sind. Die haben die Mehrheit der Deutschen so wenig gerührt, daß sie durchaus Belgien auf die Dauer in jester Hand behalten wollten. Belgien ist erlitten worden durch die Unfähigkeit der Entente, die die deutschen Heere besiegte hat. Die Befreiung hat aber die Herstellung Belgiens nicht verhindert, das wir jetzt wieder aufbauen müssen. Und wir sollten der Entente Gelegenheit geben, mit Deutsch- land in dieselbe in ähnlicher Weise zu verfahren, wie Deutsch- land mit Belgien verfuhr?

Und dazu die Einbildung, daß das deutsche Volk sich dieser irtünnigen Verweisslungspolitik ruhig fügen soll, während es vom Hunger und der Arbeits- losigkeit gequält und zermürbt würde? Binnen einiger Wochen wäre die Regierung gestürzt und der Friede unter- zeichnet. Aber welches nicht wieder auf zu machende Un- heil wäre unterdes über das deutsche Volk gebracht worden?

Es ist gut, daß Herr Stämpfer mit seinen Tölpelheiten herausgekommen ist. Wir denken, sie könnten allen Einflüs- tigen als Warnung dienen.

Feste druff-Stimmung.

Die „Täglich Rundschau“ bringt an der Spitze ihrer Sonntags-Abendausgabe unter der Ueberschrift „So- zialistische Erhebung in Oberschlesien“ ein klar, lange und leidenschaftliche Rede aus Oberschlesien, wonach die Abwehrkämpfe wachse und daß es zu einem Zusammenstoß aller Parteien „einschließlich der Unabhängigen Sozialdemokratie“ gekommen sei. „Nimmer mehr Stimmen fordern die allgemeine Volksbewaffnung, auch Landeskinder sind am Bewußtsein ihrer Nationalität erwacht“, berichtet das Blatt. „Wenn Deutsch- land sein Schicksal nicht von der Reichsregierung voll ab- wagt, dann werde es sein Schicksal in die eigene Hand nehmen“, erfahren wir weiter. „Man höre wieder nationale Lieder, auch in Warschau, wo die Schlei- sen (Lauden) überrollt auf. Der Bolschewismus ist in Ober- schlesien ist fest entlassen, niemals eine Polenherlichkeit zu ertragen.“

Oberschlesien hat eine überwiegend polnische Bevölke- rung, und wenn das Selbstbestimmungsrecht seine leere Be- deutung bleiben soll, so muß man sich mit der Tatsache ab- finden, daß die Polen nicht bei Deutschland bleiben sollen. Wer das polnische Oberschlesien mit Gewalt bei uns hal- ten will, der darf sich nicht darüber entrüsten, wenn die Franzosen das deutsche Saarrevier uns nehmen.

Daß Unabhängige Sozialdemokraten diesen Widerstand überleben und sich an dem Einigungsstimmeln mit demar- schierten Schleichern und nationalen Viedern beteiligen haben sollen, dürfte der Berichterstatter der „Täglich Rundschau“ wohl frei erfinden haben.

Auf wen soll dieser feste-druff-Stimmung wohl Eindruck machen? Glauben die alldutschen Schreier, daß sich die Un- terschiedlichen Bourgeoisie ins Potsdorn lazen lassen würden? Ist es nicht unerhört, daß diese neue Krisisbewe unter der stillschweigenden Zustimmung der Regierung inszeniert wer- den darf?

Berlin. In der Woche vom 12. bis 18. Mai 1919 dürfen gemäß 3 Pfund Kartoffeln auf die Abschnitt 20-c abgegeben werden...

wirtschaftliche Beratung verfaßt der Vorsitzende des Ausschusses: Die gestellten Forderungen der Arbeiterschaft und auch die Vermittlungsvorschläge werden abgelehnt...

Zentralverein der Tischler, Montag abends 8 1/2 Uhr, Versammlung aller Holzarbeiter im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Tagelohnhaus: Die Bewegung in der Holzindustrie.

Zentralverband der Handlungsbekleidungs, Verbandsfunktionäre der Metallindustrie: Montag, den 12. abends 7 Uhr, Versammlung der Funktionäre in den Wasserläden, Anker-Weiden-Strasse 81. Vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Kreistafel Straus: Am Montag, den 12. Mai 1919, nachmittags 2 Uhr findet im Lokal von Steincke, Alt-Straus, eine Versammlung statt.

Aktion, Selbst-Beitrag, Dienstag in den Secmonialfäden, Berlin, Chausseestraße, eine Betriebsversammlung.

Groß-Berlin.

Köder für die Freikorps.

Die große Arbeitslosigkeit gibt einen guten Nährboden für die Freiwirtschaftler ab. Die neuen Bestimmungen über die Einstellung derjenigen, die nach dem 1. August 1914 in Berlin in Arbeit getreten sind, tragen das ihrige dazu bei...

Freie Hochschulgemeinde für Professore.

Kurse für Jugendliche in der Hochstraße 12. Montag: Wirtschaftliche Betriebskunde 7-9 abends (Gesangsaal). Dienstag: Deutsch 7-8 1/2 abends (Gesangsaal).

Kurse für Arbeiter, Betriebsräte, Funktionäre.

Montag: Deutsch 7-8, Nachmitt. 13 (Kursus II); Russisch 7-9 Nachmitt. 13 (IV); Es. 1 hr mit Karten 8-9, Nachmitt. 13 (IV). Dienstag: Historische Entwicklung der Räte 7-9, Nachmitt. 13 (Kursus I).

Freie Hochschulgemeinde für Professore.

Y. A. Baumg. Vize. Schwab.

Die Reutlinger Stadtverordneten gegen die Verschönerung des Tempelhofer Feldes.

Die Sitzung am Freitag hatte sich als ersten Punkt der Tagesordnung mit einem Antrag unserer Fraktion zu beschäftigen, welcher Protest einlegte gegen die Anlage eines Ringbahns auf dem Tempelhofer Feld...

„Tägliche Rundschau“ ungenannt das Ansehen Georg Derrwegs, um für ihre Bestrebungen Propaganda Stimmung zu machen.

„Reißt die Kreuze aus der Erde, alle wissen Schwert zu werden!“ können wir nur mit einem der Freiheitskämpfer unserer früheren Revolution hinausschreien.

Ein Dokument.

Der Herausgeber der „Republik“ hat drei Tage nach der Einreichung Liebnechts folgenden Brief erhalten: Poststempel: Berlin 21, 18. 1. 19, 10-11 h.

Das grüßen ich mit feiner Ruhe ich muß es Ihnen schreiben ich bin einer von den Leuten welche Liebesrecht erschaffen haben...

Die proletarische Einheitsfront.

Die Zentralkomitee für die Einigung der Sozialdemokratie, Sozialisten, kommunisten am Freitag eine öffentliche Versammlung abgehalten...

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung der Holzarbeiter.

Die Fortsetzung der Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes fand am Freitag in Remis stattfand. Den Vorsitz über den Stand der Lohnbewegung in der Holzindustrie übernahm der Vorsitzende...

Aus den Drahtaktionen.

Charlottenburg, Montag nachmittags 4 Uhr, Zimmer 304, Arbeiterhaus, Sitzung des Kommune- und Betriebsrats (H. S. H.). U. S. V. D. Schöneberg. Das im gestrigen Infanterie für Sonntag...

Spiel und Sport.

Epitaphkiste. Die Schlichter wollen von allen Spielen sofort nach demselben einen kurzen Bericht abgeben und an die Schriftleitung „Arbeiter-Sport“, Rosenfelder Str. 108, senden.

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. V. D. Heft 3 erscheint am 14. Mai. Inhalt: Liebnecht-Luxemburg-Prozess, Verhandlungen in Versailles, Behandlung der politischen Gefangenen, Liebnichts Totenmaske, Sportbilder: Schließung der Spandauer Werksstätten, Karikaturen u. a.

Die Komödie in Moabit.

Die Mörder Liebnechts.

„Liebnecht Mörder. Seit Ihr noch alle da? Wie geht es denn mit der werten Gesundheit? Dast Ihr die Köpfe noch oben auf? Das ist recht. Bei den neuen Sicherheitsverhältnissen kann Euch zum Glück nichts passieren. Gute Verrihtung, das nächste Mal!“

(„Weltbühne“, März und April 1919.)

Dritter Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die Verhandlung ergriff der Vorsitzende das Wort zu folgender Erklärung: In der „Freiheit“ ist bemerkt und gerügt worden, daß die Angeklagten nicht auf dem Weg, auf dem sonst Angeklagte einzutreten pflegen, kommen. Ich muß annehmen, daß die betreffenden Verhöre nicht bekannt war, daß die Angeklagten sich hier nicht im Untersuchungsgewahrsam befinden. Die Tür hier im Raum öffnet aber die Tür zum Untersuchungsraum. Es besteht keine andere Möglichkeit, als entweder die Angeklagten durch das Richterzimmer einzutreten zu lassen oder durch die Tür vom Korridor aus. Letzteres kommt nicht in Frage, damit die Angeklagten nicht mit den Angehörigen zusammenkommen. In der „Freiheit“ ist weiter beanstandet worden, daß Hauptmann Weller mit einem Revolver im Sitzungssaal erschienen ist. Ich stelle fest, daß die Pistole zum Dienstgebrauch gehört, und möchte bemerken, daß sämtliche Angeklagten, auch die Richter, ohne Schutzwaffen hier zu erscheinen haben. Ich ersuche Sie, Herr Hauptmann Weller, die Pistole abzulegen. Der Vorsitzende stellt weiter fest, daß die Posten mitwert seien. Die Eintretenden auf Waffen zu durchsuchen. Bei Hauptmann Weller habe der Posten dies anscheinend übersehen, den Hauptmann trage aber keine Schuld, sondern lediglich den Posten.

Der Anklagevertreter protestiert darauf gegen die Darstellung in der „Freiheit“, die dem Prozeß vorzugreife. Das sei dieselbe tendenziöse Berichterstattung, wie sie die „Freiheit“ schon oft angewendet hätte. Es solle dadurch auf das Gericht ein Tadel ausgeübt werden.

In der „Freiheit“ steht weiter, daß die Angeklagten bei jeder Gelegenheit in den Sitzungssaal gelassen wären. Ich stelle fest, daß das nicht richtig ist, sondern nur ein einziges Mal, wo das Gericht abwesend war und er selbst in ein Gespräch verwickelt war, die Angeklagten mit ihren Angehörigen zusammenkommen. Auch der Vorsitzende will den Verkehr der Angeklagten mit den Zuschauern nur einmal bemerkt haben.

Der Verteidiger schloß sich den Ausführungen der Vorredner an. Er müsse sich dagegen wenden, daß schon in der Voruntersuchung von Wort zu Wort gesprochen worden sei. Schon im Ermittlungsverfahren wurden Zeugenaussagen veröffentlicht. Man solle ein schwaches Verfahren nicht zu parapolitischen und tendenziösen Berichterstattungen mißbrauchen.

Es beginnt nunmehr

die Zeugenvernehmung.

Der Zeuge Friedrich wurde von einem Offizier zum Militärtransport Liebnechts nach Moabit bestimmt. Er hörte auf der Treppe sagen: „Läuft denn so ein Untrutz noch auf der Welt herum? Der Zeuge hat von anderen gehört, daß der Nachbarn Liebnechts nur eine Wache gewesen sei. Auf der Infanterie solle er sich gerufen haben, mit keiner Pistole Liebnecht erschossen zu haben. Dabon will er heute nichts mehr wissen.“

Der Zeuge Eiman sah sich erlösen, zu bekunden, daß er Liebnecht am Neujahrstag auf der Straße gesehen habe. Bei der Kennung seines Namens habe Liebnecht die Flucht ergriffen. (Was das Gericht daraus schließen soll, ist uns nicht recht klar. Eiman ist Pressedegenerant in einer Reichsstelle und — Redakteur des „Volk-Anzeiger“.)

Zeuge Pfeiffer hat den Straßwagen geführt, mit dem Liebnecht nach Moabit transportiert werden sollte. Er läßt sich eingehend über die Beschaffenheit des Wagens aus und bekundet, daß ihm von einer künstlich hervorgerufenen Panne nichts bekannt worden sei. — Leutnant Herbst und Ingenieur Pella bekunden als Sachverständige, daß die Eindrücke am Auto ganz geringfügig waren und die Panne nur auf Mangel an Betriebsstoff zurückzuführen sein könne. Der Wagen ist allerdings erst am 21. Januar geprüft worden, während die Panne des Wagens schon am 15. Januar, also am Vortage Karl Liebnechts, zutage getreten ist. Das Gelenk der Druckpumpe sei allerdings nicht in Ordnung gewesen, aber das sei wohl ein Materialfehler.

Der Heilgehilfe Schwarz war auf der Infanterie, als die Leiche Liebnechts eingeliefert worden ist. Er hat das Messer gesehen, das neben der Leiche und später auf dem Tisch lag. Der Zeuge bekundet im Kreuzverhör auf das Bestimmteste, daß an dem Messer kein Blut zu sehen war.

Eine wichtige Aussage.

Der Stadtrat Grünauer war an den Wochtagen als Oberleutnant bei der Garde-Kavallerie-Schützen-Div. eingeteilt. Er übernahm am Sonntag, den 19. Januar die Wache im Edenhotel von Leutnant Sander. Nach der Befestigung der Posten ging er mit Sander in das Café des Edenhotels. Der Zeuge sagte darüber das Folgende aus:

Leutnant Sander nahm mich beiseite und sagte mir, er hätte mir im Auftrage der Division, meines Erinnerns loht er mir, im Auftrage des Leutnants Pöhl etwas mitzuteilen. Ich solle auf die Wonnachaffen einwirken, daß sie gütlich ausfallen. Es seien ungeeignete Elemente zu entfernen. Ich würde zuerst nicht, was er wollte. Er wiederholte nochmals den Inhalt des Gesprächs und sagte dazu: Sie wissen doch, was hier im Edenhotel passiert ist. Ich wurde sehr erregt und sagte ihm sofort: Sagen Sie dem betreffenden Herrn, daß er an einen solchen gekommen ist. Ich bin Jurist und würde mich eines Meineides schuldig machen, wenn ich mich dazu herbeie. Ich weigerte mich, diesen Befehl auszuführen. Außerdem wäre der Befehl mir als eine außerordentlich große stillschweigende Dummheit vor. Der Zeuge sagt weiter aus, daß ihm Sander gesagt habe: Sie wissen doch, daß ich die Luxemburg niedergeschlagen und dann wie ein Säbel in das Auto geworfen habe. Leutn. Sander kann auch gesagt haben, wie ein Säbel, aber ein ähnlicher Ausdruck ist von ihm bestimmt gefallen. Eine dritte Person hat diesen Ausdruck nicht gebraucht, da das ganze Gespräch in einem sehr gedämpften Tone geführt wurde. Ob der Name des Hauptmann Pöhl bei diesem Gespräch gefallen ist, will der Zeuge nicht mehr mit voller Bestimmtheit behaupten.

Leutnant Sander rüht sich in einer Gegenklärung auf keine unter Eid gemachte Aussage, die allerdings im strengen Gegenjah zu der bedeutsamen Aussage des Zeugen Grünauer steht. Der Zeuge behauptet weiter, daß er zu Leutnant Sander gesagt habe, wenn im Edenhotel eine strafbare Handlung begangen ist, so müßten sich die Betroffenen ihrer Dahi wehren.

Der Zeuge hat in der betr. Nacht auch mit dem Angeklagten Runge gesprochen und die Panschnitz an Liebnecht und Luxemburg verurteilt. Runge sagte, daß sei ihm gleich, er würde jeden Sparschinken nieder. Er habe in einem Moment Verstand, in dem ein solches Phänomen, das ihm die Sparschnitz vorgekommen war.

In der Verhandlung

wird zuerst der Zeuge Scheid vernommen. Er ist ein blutjunger Mann, Oberprimaner, und macht sehr zuprende Aussagen. Er wurde in den Wochtagen im Edenhotel als Posten verwendet und hat gehört, daß auf der Wache von der markierten Panne gesprochen wurde. Ebenso, daß Dr. Liebnecht beim Aussteigen hinterwärts niedergeschossen wurde.

Es werden sodann die Zeugen vernommen, die mit Runge zusammen im Eisenwerk gearbeitet haben. Schindler, Zibarth, Lubigki und Böhn bekunden übereinstimmend, daß weder Rosa Luxemburg noch Karl Liebnecht dem Angeklagten mit dem Revolver entgegengetreten seien. Luxemburg und Liebnecht seien niemals bei Eisenwerk gewesen, das könnten auch die Arbeiterkräfte bekunden.

Der Zeuge Lubigki bekunde, daß er mit Runge zwölf gehabt habe, weil er schneller als der Angeklagte gearbeitet habe. Bei dem Demonstrationstreffen war Runge nicht zugegen, er habe ihm am anderen Tage gesagt, er habe sich lieber auf der Kommandantur einen Anzug geholt und sehe jetzt aus wie ein Graf. Runge habe auch geäußert, wenn noch etwas gebrüllt würde, gehe er lieber wieder zum Militär. — Der Angekl. Runge wird nach diesen Aussagen sehr verärgert und sagt, wenn die Zeugen seine Behauptung nicht bestätigen könnten, dann hätten eben andere den Vorgang beobachtet. — Lubigki sagte auch noch aus, daß Runge sich immer sehr radikal geberdet habe und eher Sparschinken als Patriot sei.

Es werden nunmehr Kaschalin vernommen, die mit Runge zusammen gewohnt haben. Sie können wesentliche Angaben über den Aufenthaltsort des Runge nicht machen. — Fernu Runge, die Gattin des Angeklagten, behauptet, daß ihr Mann öfters Chmochtsanfälle gehabt habe. Der Stiefsohn Runge weiß nur von einem Chmochtsanfall etwas.

Vorher hat der Vorsitzende den Angeklagten Runge schon darauf aufmerksam gemacht, daß er das Eisene Kreuz 1. Klasse abgelegt habe. Am Vormittag habe er es noch getragen. Sein Bruder würde bekunden, daß er das Eisene Kreuz zu Unrecht trage. — Runge sagte, er habe das Eisene Kreuz in die Tasche gesteckt.

Der Bruder des Angeklagten, Karl Runge sagt aus, daß der Angeklagte gar nicht im Felde gewesen sei. — Während der Vernehmung dieses Zeugen wird der Angeklagte aus dem Saal geführt und nachher wieder hereingeholt. Der Vorsitzende hält ihm

die Anklage seines Bruders

entgegen, fragt ihn über seine Tätigkeit im Felde aus, und der Angeklagte wird dabei so in die Enge getrieben, daß von seinen Verdiensten im Felde nichts mehr übrig bleibt. Der ganze Gerichtsakt bricht dabei in schallendes Gelächter aus. (Schlimm genug, daß die militärischen Stellen nicht schon längst hinter die Wand der Angeklagten Runge gekommen sind. Es ist Befehl, daß jeder Inhaber eines Ehrenzeichens einen Ausweis darüber bei sich tragen muß. Wenn dieses Verzeichnis von Runge nicht schon längst eingefordert worden ist, beweist, daß die Militärbehörden nicht in allen Fällen gründlich arbeiten.)

Es folgt sodann das Gutachten des Medizinalrats Dr. Leymann. Dieser hat den Angeklagten seit Jahren eingehend beobachtet. Runge hat einmal wegen eines Unfalls Rente beantragt und wurde dieserhalb von Dr. Leymann und dessen Bruder beobachtet. Dem Sachverständigen fiel dabei sofort die eigenartige Schädel- und Gesichtsbildung des Angeklagten auf. Der Sachverständige wiederholt: Sein Schädel und seine Gesichtsbildung unterscheiden sich vom Gros der Menschen. Der Kopfschädel ist klein. Er hat große obstehende Ohren, über große lange Lefzen und sehr große Zähne. Arterienarterien sind sehr stark, daß dieser Mann von Jugend auf einen Anax habe. Der Sachverständige teilt sein Urteil dahin zusammen, daß Runge

in die Klasse der geistig minderwertigen Menschen falle.

Es ist keine bei ihm nicht in Anwendung. Seine Stimmung schwankt dauernd, aber die freie Willensbestimmung sei bei Betrachtung der Tat wohl kaum ausgeschlossen, doch höchstens beeinträchtigt gewesen. Er habe die Tat nicht in einem Dämmerzustand ausgeführt. Tadellos spreche schon, daß Runge sehr wohl wußte, was er getan hätte, sich jeder Eingebung entziehen konnte und sich dessen noch rühmte.

Nunmehr wird der Oberprimaner Berger vernommen. Der noch sehr junge Zeuge ist durchaus nicht an einer Aussage zu bewegen. Als ihm der Vorsitzende vorhält, daß er am 27. Februar zu Protokoll gegeben habe: Auf der Wache im Edenhotel, der er als Posten eingesetzt war, hätte sich der Jäger Friedrich gerührt, Liebnecht erschossen zu haben, weiß sich der Zeuge darauf nicht mehr zu entsinnen. Er hat damals auch ausgesagt, daß auf der Wache erzählt worden sei, Frau Luxemburg sei in den Kopf geschossen, die Leiche schwerer und ins Wasser geworfen worden. Auch die Panne am Auto sei nur markiert worden. Der Zeuge soll daraufhin ganz bedächtig und leise, er habe nur ins Blaue hinein geredet.

Sachverständiger Grünspach behauptet, daß auf die Aussage dieses Zeugen hin der Parteibefehl gegen die Angeklagten im Felde Liebnecht erschossen worden sei. — Der Anklagevertreter erklärt daraufhin, daß auch die Aussagen anderer Zeugen noch maßgebend gewesen seien.

Jäger Schulle war im Café Edenhotel, als die Transportmannschaften zurückkehrten. Er hat gehört, daß die Panne nur „gemerkt“ worden ist.

Nach zwei weiteren Zeugenvernehmungen wird der Fall Liebnecht abgeschlossen.

Der Fall Luxemburg.

Die Vernehmung des 19jährigen Soldaten Grünauer über die schwere Beschuldigung gegen Rosa Luxemburg beginnt. Der Zeuge sagt aus: Ich wurde vom Wachmeister Grotz zusammen mit Pöhl und Weber beauftragt, den Transport der Frau Rosa Luxemburg zu begleiten. Vor dem Hauptportal sah ich, wie Runge auf Frau Luxemburg mit dem Säbel einwirkte. Beim Abfahren sprang ein Mann auf das Auto und schlug mit der Faust auf Rosa Luxemburg ein. Ich sah Rosa, Frau Luxemburg in der Mitte und rechts Weber. Pöhl und der Oberleutnant Pöhl standen auf dem Trittbrettl. Vom Trittbrettl sah ich, wie Runge auf Rosa Luxemburg geschossen. — Vorsitzender, auf die Wache gehend: Welcher von den Angeklagten ist es? — Zeuge antwortet: Der Herr, der hinter Runge ist. Der Sachverständige ist Oberleutnant Bogert. — Vorsitzender: Was war es im einzelnen, als der Oberleutnant Bogert sagte: Er wolle seinen Revolver heraus und wollte

Noch drei Tagen des Liebnecht-Luxemburg-Prozesses erscheint es angebracht, ein allgemeines Fazit über die Vorkämpfer zu ziehen. Es bildet kein Ruhmesblatt der Geschichte in der deutschen Justiz. Unwillkürlich wird man, wenn man die drei Tage im Gerichtssaal miterlebt hat, an die bestehende Kritik erinnert, die in der obenstehenden Notiz aus den März- und Aprilnummern der „Weltbühne“ erhalten ist. Diefelbe väterliche Milde, die Rücksicht und das Verständnis, die Monate hindurch von den Gerichtsbehörden gegenüber den Mördern Liebnechts und Luxemburgs und ihrer Tat geübt wurde, waltet jetzt Tag für Tag in dem Gerichtssaal, in dem angeblich das Verbrechen geschehen und seine Urheber aus Logenlicht gezogen werden sollen.

Wir haben schon in unseren vorhergehenden Berichten dagegen Protest erhoben, daß die des Mordes und des Wortverwehens Angeklagten sich in einer so herausfordernden Weise in dem Gerichtssaal bewegen, wie es bisher in der Geschichte der deutschen Prozeßführung noch nie dagewesen ist. Mit geradezu väterlicher Milde wird mit den Angeklagten umgegangen. Weder der Vorsitzende, noch der Anklagevertreter hat bisher auch nur den Versuch unternommen, die Angeklagten in die Enge zu treiben, um dadurch die Wahrheit zu ermitteln. Vor es schon ein unabweisbares Verbrechen, das der Verdunkelungsgefahr großen Vorschub leistete, daß man die Angeklagten solange auf freiem Fuße gelassen hat, so bestätigte die Zeugenaussage des Stadtrats Grünauer, eines Oberleutnants der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, daß die schwersten Verdachtsgründe gegen die Angeklagten gleich nach Begeben der Tat vorlagen. Dadurch, daß die Angeklagten solange auf freiem Fuße waren, war ihnen die hindernde Möglichkeit gegeben, das Verbrechen völlig zu verdunkeln. Als nach langem Drängen der sogenannten Oppositionspresse die Angeklagten endlich verhaftet wurden, als das Anklagematerial so drückend wurde, daß sie verhaftet werden mußten, wurde aber den Angeklagten immer noch Gelegenheit gegeben, sich gegenseitig zu besprechen.

Dieser Mißstand allerhöchster Natur ist auch in der Verhandlung beibehalten worden. Von keinem anderen Gerichtsverfahren und vor keinem ordentlichen Gericht würde ein Benehmen der Angeklagten, wie es hier dauernd geübt wird, auch nur einen Augenblick geduldet werden. In diesem Gerichtssaal aber hat jeder Unbekannte den Eindruck, als wenn die Angeklagten eine ihnen zugewiesene Rolle in der Komödie spielten. Wie rügte der Vorsitzende gestern, daß einer der Angeklagten während der Verhandlung die Zeitung gelesen hat, obwohl das an den vorhergehenden Verhandlungstagen auch schon von anderen Angeklagten ungerügt geschehen ist. Der Hauptmann Weller nahm sich sogar heraus, während der Zeugenvernehmung zu frühstücken. Es ist dies derselbe Herr, der verheimlicht hat, daß die Leiche Luxemburgs ins Wasser geworfen wurde. Derselbe Herr, der drei Tage hintereinander mit umgeschalltem Revolver im Sitzungssaal erschien, und sich als Angeklagter erlauben konnte, sich dagegen zu verwahren, daß er diese Waffe als Angeklagter nicht tragen dürfe.

Den Gipfel der Parteilichkeit erklimmt aber der Vorsitzende, als er das Anfinnen an die Presse stellt, über gewisse, den Angeklagten unannehme Aussagen einzuwirken nicht zu verachten. Der Anwalt Grünauer hat bekundet, daß der Oberleutnant Voel mit einem anderen Mann Luxemburg mit dem Revolver in den Kopf geschossen hat. Der Vorsitzende wollte, daß diese äußerst wichtige Aussage in der Presse nicht veröffentlicht werde, bevor nicht die anderen Zeugen, die dem gleichen Vorwand beizuwohnen haben, vernommen seien. Man müßte also der Presse zu belassen die Aussagen zu unterdrücken, obwohl man bisher nichts dergleichen einzuwenden hatte, daß die noch nicht vernommenen Zeugen durch entlassene Aussagen beeinflusst wurden.

Der Wunsch des Herrn Vorsitzenden konnte nur deshalb nicht erfüllt werden, weil ein Teil der Berichte schon an die Presse abgegangen war, nicht, weil die bürokratische Presse dem Verlangen obgeneigt war.

Dieses Verlangen des Vorsitzenden an die Presse bezüglich des Mißtrauens, das in weiten Volkskreisen gegen diesen Prozeß besteht. Es zeigt, daß vor einem Militärgericht eine objektive Prozeßführung zu den unmöglichen Dingen gehört. Anstatt die Widersprüche in den Zeugenaussagen, und in den Aussagen der einzelnen Angeklagten zur Ermittlung der Wahrheit zu benutzen, hält es der Vorsitzende für nötig, unsere Berichterstattung zu kritisieren und so eine Stimmung gegen unseren Berichtshalter zu erzeugen, die leicht eine ähnliche Tat wie die gegen Liebnecht und Luxemburg herbeiführen kann. Denn diese Stimmungsmache hat jetzt sogar schon die vor dem Eingang in den Sitzungssaal aufgestellten Posten erreicht. Unsere Berichtersteller wurden an den beiden letzten Tagen sowohl beim Eintritt als auch beim Begehen aus dem Saal von den Posten in der regelhaften Weise angepöbeln, und einer der Soldaten hat ihnen bereits mit einer Abschneidung gedroht, so daß der Schutz des Berichtshalters erbeten werden mußte.

Verband Sozialdemokratischer Wahlvereine (U. S. P. D.) Groß-Berlin

Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr

Große öffentliche Volksversammlungen

Aula Friedrich-Werdersches Gymnasium, Niederwallstraße 34, Unionsbrauerei, Hasenheide 22, Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Patznerbrauerei, Landsberg-Allee 26-27, Königsbau, Große Frankfurter Straße 117, Alt-Berlin, Blumenstraße 10, Komeniusfesthale, Memeler Straße 67, Arania, Brangellstraße 10-11, Lokal „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75, Aula Gemeindeschule, Tilsiter Straße 4, Aula Gemeindeschule, Görlitzer Straße 51, Brauerei Pfefferberg, Frankfurter Allee 114, Aula Königstädtisches Lyzeum, Greifswalder Straße 24-25, Musikersäle, Kaiser Wilhelmstraße 34, Bölow-Brauerei, Prenzlauer Allee 242-247, Pharusäle, Müllerstraße 142, Borussiaäle, Adlerstraße 6-7, Schulaula, Müller-, Ede Triftstraße, Schulaula, Liesenstraße 66,

Schulaula, Grünthaler Straße 5, Klostersgärten, Am Spandauer Schiffahrtskanal, Lichtenberg: Cafe Bellevue, Hauptstraße 42, Aula, Parkaue, an der Möllendorfsstraße, Turnhalle, Bürgerheimstraße 3. Reinickendorf-Ost: Hubertusäle, Provinzstraße 77-79, Friedrichshagen: Konrad, Friedrichstraße 136. Reinickendorf-West: Hartmanns Brauerei, Scharnweberstraße 101-104. Legel: Borsig-Kasino, Berliner Straße. Weissensee: „Zum Prälaten“, Berliner Allee 257, Albrechtshof, Parkstraße.

Neutölln: Klem, Hasenheide 13. Br'g: Rabatz, Chausseestraße. Oberschöneweide: Mörners Blumengarten. Köpenick: Gesellschaftshaus, Grünauer Straße 20. Pantow: Zum Kurfürsten, Berliner Straße 102. Schöneberg: Aula Hohenzollernschule, Belziger Straße. Steglitz: Aula der Realschule, Stubenrauchplatz. Treptow-Baumshulenberg: Spreegarten, Alt-Treptow 10-13. Wilmersdorf: Aula der Oberrealschule, Am Seepark.

Tagesordnung: Die U. S. P. D. und der Frieden.

Referenten: Aushäuser, Martha Arendsee, Berger, Brühl, Breitscheid, Crispian, Dr. Cohn, Däumig, Dittmar, Goh, Ad. Hoffmann, Haase, Paul Hoffmann, Kubig, Kuhnert, Küter, Leid, Lampe, Laufant, Dr. Meißner, Malzahn, Mehrhof, Pessier, Radtke, Rosemann, Rettschlag, Dr. Rosenfeld, Schünig, Stimm, Stöcker, Vogtherr, Dr. Weyl, Wegmann, Witzke, E. Wurm, Ziegler, Zeuner, Zubeil, Luise S.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Genossen, erscheint in Massen!

Gestaltet diese Versammlungen zu mächtigen Kundgebungen gegen jegliche Unterdrückung durch den internationalen Imperialismus und Kapitalismus! Der geschäftsführende Ausschuss.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin, Bureau: Berlin, Rungestraße 24.

Branchen-Versammlungen.

Wächter, Bezirk Osten 2. Montag, den 12. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, in den Comeniusläden, Memeler Straße 67. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Reumahl der Bezirkskommission. 3. Der Stand unserer Lohnbewegung. Mitgliedsbuch legitimiert.
Waldarbeiter, Bezirk Mitte 1. Montag, den 12. Mai, gleich nach Feierabend. Für Bezirk Mitte. 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Reumahl der Bezirkskommission. 3. Der Stand unserer Lohnbewegung.
Korbmacher, Bezirk Mitte 2. Montag, den 12. Mai, abends 7 Uhr, bei Marginalwerk, Michaelkirchstr. 24. Tagesordnung: 1. Bericht über unsere Lohnbewegung. 2. Verbandsangelegenheiten.
Arbeiter und Arbeiterinnen der Kleider-, Kleider- und Bekleidungsbranche. Dienstag, den 13. Mai, abends 6 1/2 Uhr, im Arbeiterhaus, Prenzlauer Allee 242-247. Tagesordnung: 1. Bericht des Genossen Oskar Ziemann (U. S. P. D.): Die Zukunft der Republik. 2. Der Kampf in der Berliner Holzindustrie. 3. Der Stand unserer Lohnbewegung.
Deckel- und Treppengelenkbranche. Donnerstag, den 15. Mai, abends 7 Uhr, im Arbeiterhaus, Rungestraße 30. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Denger über das Räteproblem und die deutschen Arbeiter. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verbandsangelegenheiten.
Waldarbeiter, Bezirk 4. Donnerstag, den 15. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstraße 67. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Reumahl der Kommission. 3. Verbandsangelegenheiten.

Vertrauensmänner-Versammlungen.

Der Drechsler und der Treppengelenkbranche. Montag, den 12. Mai, abends 6 1/2 Uhr (im Arbeiterhaus), Rungestraße 30. Tagesordnung: unsere Lohnbewegung.
Stellmacher. Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr, bei Gummel, Sophienstr. 5. Tagesordnung: Die jährliche Posa in unserer Branche. Kollegen, es ist unbedingt erforderlich, daß sämtliche Versammlungen in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung besucht werden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Achtung! Achtung!
Delegierte zur örtlichen General-Versammlung
Am Montag, den 12. Mai 1919, abends 7 Uhr,
in den Kadenfesthale, And.ossstr. 21:
Örtl. Generalversammlung pr. I. Quartal 1919
Tagesordnung:
1. Mitteilung.
2. Geschäfts-, Kassen- und Arbeitsnachweisbericht.
3. Aufstellung der Kandidatenliste zum Verbandstag in Stuttgart.
4. Anträge zum Verbandstag.
5. Erleuchtung sonstiger eingegangener Entwürfe.
6. Beschluß Tages.
Ohne Delegiertenkarte und Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Bezirksverwaltung.

Verein sozialistisch-kommunistischer Zeitungs-Spediteure Gross-Berlin.

Montag, den 12. Mai, vormittags 9 Uhr bei Göttinger, Prenzlauer Straße 29
ordentl. Mitglieder-Versammlung.
Mitglieder werden vor Beginn d. Versammlung aufgenommen.
Pöbelhafte und zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Verband der Büroangestellten Deutschlands

Ortsgruppe Groß-Berlin, Büro: 62, Stralauer Str. 26.
Montag, den 12. Mai 1919, nachm. 4 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Großer Saal
Versammlung
der im Verband der Büroangestellten organisierten Angehörigen der Ortsgruppenkassen.
Tagesordnung:
1. Heeresbesitz.
2. Bericht: Kollege G. Schmied, Dresden.
Bei der Wahlfeier der Tagesordnung ist es Pflicht, auch wenn in anderen Verbänden an anderen Stellen zu sein.
Mitgliederkarte ist Pflicht. Die Bezirksverwaltung.

Das gewerbliche Personal der Kriegsgewerkschaften

Organisations- und Betriebsrat.
Dienstag, den 13. Mai 1919, abends 8 Uhr,
im Königlich-Kasino, Holzmarktstr. 72, Ede Alexanderstraße, unweit Alexanderplatz.
Protest-Versammlung
Tagesordnung:
Die Verschleppung unserer Lohnforderungen seitens des Reichsregimentes.
Kollegen und Kolleginnen! Erscheint vollständig zu dieser Versammlung.
Auch die legendlichen Kollegen und Kolleginnen sollen bemerken, daß sie auf dem Posten sind.
Fest der Transportarbeiter-Verband
Zentralrat deutscher Gewerkschaften.

Sonntag, den 18. Mai, nachmittags 6 Uhr,

im Festsaal Stadthaus, Eingang Klosterstraße
Alfred-Beierle-Abend
„Wann stellt ihr, o Soldaten, die Arbeit endlich ein?“
Herr Rudolf Leonhard spricht über: „Der Kampf gegen die Waffen.“
Der Bildungsausschuss
des Verbandes sozialdemokr. Wahlvereine U. S. P. D. Gr.-Berlin.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e.G.m.b.H.

zu Berlin.
Generalversammlung
Montag, den 12. Mai,
nachmittags 5 1/2 Uhr, in der Aula der Schule
Weinmeisterstraße 16/17, Sophien Lyzeum.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Ergänzungswahl zum Vorstand.
Zutritt zur Generalversammlung kann nur gegen
Vorlegung der Mitgliedskarten erfolgen.
Der Aufsichtsrat.
A. H. Küter.

Portiers, Fahrstuhlführer, Wächter.

Große öffentliche Versammlung
am Dienstag, den 13. Mai
in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 58/59, abends
7 1/2 Uhr.
Für den Resten am Donnerstag, den 15. Mai, in
der Aula der 20. Gemeindeschule, abends 7 1/2 Uhr, Char-
lottenburg, Bleibtreustr. 43.
Tagesordnung:
Die ablehnende Haltung der Hausbesitzer zu unserem
Tarif.
Stellungnahme zum Streik.
Kollegen erscheint in Massen.
Die Verbandsleitung.

Genossen und Genossinnen des 4. Wahlkreises.

Am Sonnabend, den 17. Mai, abends 8 Uhr,
findet im großen Festsaal der Treptow-Stern-
warte ein
Bildlicher Vortrag
„Bewohnbarkeit der Welt“
statt. Vor und nach dem Vortrag Führungen durch
das Astronom. Museum und Beobachtungen mit dem
großen Fernrohr. Eintrittskarten zu 1.25 M. sind im
Partei-Bureau, Königsberger Str. 27, sowie im Wahl-
lokal von F. Henckler, Nachstr. 47, zu haben. Der
Vortrag ist für die in Haft befindl. Genossen be-
stimmt.
Es bittet um zahlreiche Beteiligung
der Genossinnen Gen. H. Giffert.

K. P. D.

Charlottenburg
Mitgliederversammlung
Dienstag, den 13. Mai,
7 Uhr, im Volkshaus,
Königsberger Str. 47.
Tagesordnung:
1. Vortrag.
2. Ergänzungswahl.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsgasse Berlin 133, Linienstr. 10
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr
Telephon: Amt Nord 143, 1289, 1987.
Dienstag, den 13. Mai 1919, abends 8 Uhr
Branchen-Versammlung
der Werkzeugmacher, Schnitt- und
bauer, Vorrichtungsbauer, Schneid-
macher und Werkzeugschlei-
er
in den Sophienläden, Sophienstr. 17/18.
Tagesordnung:
1. Das Räteproblem. Referent: Kollege K. H. H.
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen
wird erwartet.

Achtung! Metallschleifer, Werkzeugmacher, Hilfsarbeiter u. Arbeiter.

Der Hauptauschuss hat in seiner Sitzung
am 20. April erkannt, daß für alle Metallarbeiter, Schleifer,
Werkzeugmacher, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen
in der Lohnarbeit die Alkoholabgabe als
gilt.
Es ist ein Abzug von 15 Prozent nicht mehr
kommt!
Ferner weisen wir darauf hin, daß die
Generalversammlung vom 24. April beschlossen hat,
Kollegen unter den Räteparlamenten des Reiches
in Arbeit treten darf.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler u. Portefeuillier

Ortsverwaltung Berlin.
Sattler, Portefeuillier,
Koffermacher und Galanterie-
Am Montag, den 12. Mai 1919, abends
in Graumanns Festhale, Rungestr. 27.

Branchen-Versammlung

Tagesordnung:
1. Bericht von den Verhandlungen
Fabrikanten.
2. Diskussion.
3. Beschluß.
Erscheinen sämtlicher Kollegen und
bitigend gebeten.
Die Branch-